

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Betriebliche Vorsorge: Bildung einer Kommission

Landtag verabschiedete Gesetz über Parteifinanzierung und Einrichtung der Stellvertretung

Der Landtag hat am Donnerstag vor-mittag das Gesetz über die Ausrichtung von Beiträgen an die politischen Parteien im Detail beraten und verabschiedet. Gleichzeitig wurde auch der erforderliche Kredit von 180 000 Fr. für die Beitragszahlungen im laufenden Jahr bewilligt. Einstimmig verabschiedete das Parlament auch die Vorlage über die Abänderung der Verfassung zur Einrichtung einer Stellvertretung im Fürstenhaus. Schliesslich ergab sich aus einer längeren Debatte bei der Regierungsvorlage über die betriebliche Vorsorge die Bildung einer Kommission, wie sie von der FBP-Fraktion bereits anlässlich der ersten Lesung beantragt worden war.

Die Gesetzesvorlage über die Einführung des Obligatoriums bei der betrieblichen Vorsorge (2. Säule) wurde noch einmal in einer längeren Debatte in den Grundsätzen diskutiert. Gleich zu Beginn erinnerte der VU-Fraktionssprecher Georg Gstöhl an seine bei der letzten Sitzung abgegebene Zusicherung, dass im Falle ungelöster Probleme eine Kommission gebildet werden könnte. FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann nahm diese Bereitschaft zur Kommissionsbildung entgegen und wies darauf hin, dass die grundsätzlichen Fragen trotz des Berichtes der Regierung noch nicht gelöst worden seien. Beide Fraktionssprecher waren sich, wie auch andere Teilnehmer an der Debatte, darüber einig, dass mit der Bearbeitung der Vorlage in einer Kommission der vorgeschlagene Termin zur Einführung der obligatorischen 2. Säule nicht mehr eingehalten werden könne. Übereinstimmung herrschte auch darüber, dass die Kommission die Frage einer Volksabstimmung zu prüfen habe.

Fr. für die Auszahlung dieser Beiträge, die erstmals in diesem Jahr ausgerichtet werden.

Nach dieser Vorlage erhalten die politischen Parteien 30 000 Fr. zu gleichen Teilen, während 150 000 Fr. nach der Fraktionsstärke zugeteilt werden. In den Genuss staatlicher Förderung gelangen jedoch nur Parteien, die im Landtag vertreten sind, oder die bei Landtagswahlen in beiden Wahlkreisen aufgetreten sind, dabei zwar kein Mandat, aber mindestens drei Prozent der abgegebenen Wählerstimmen erreicht haben.

Einrichtung der Stellvertretung

Die Änderung der Verfassung zur Einrichtung einer Stellvertretung wurde diskussionslos genehmigt und in drei Lesungen verabschiedet. Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter meinte dazu, dass damit die Grundlage für ein neues Prinzip in unserer Monarchie geschaffen werde.

Die Stellvertretung bedeutet nach seiner Darstellung für unser monarchisch-demokratisches Staatswesen eine Zäsur, die nicht nur den heutigen, sondern auch den künftigen Gegebenheiten des Fürstenhauses gerecht werden soll. Die einhellige Verabschiedung dürfe als Bekräftigung der in unserer Verfassung niedergelegten monarchischen Grundsätze verstanden werden und gleichzeitig dem Vertrauen in die staatspolitischen Fähigkeiten des Erbprinzen Ausdruck verleihen.

Landtagsvizepräsident Armin Meier führte in seiner Stellungnahme, die wir an anderer Stelle im Wortlaut abdrucken, aus, der Fürst bleibe Fürst. Mit der Stellvertretung im Verhinderungsfall werde keine Doppelmonarchie, keine Mittergenschaft geschaffen, das monarchische Prinzip der Unteilbarkeit der Herrschaftsrechte bleibe gewahrt.

Der Landtagsvizepräsident begrüsst in seinen weiteren Ausführungen die Einrichtung der Stellvertretung, da sie die Kontinuität der monarchischen Staatsform durch Vermeidung eines abrupten Wechsels gewährleiste.

Regierung bestellte die Landeswahrkommission

(paf) - Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 26. Juni 1984 die Landeswahrkommission für die Amtsdauer von vier Jahren in folgender Zusammensetzung neu bestellt: Landesingenieur Karl Hartmann, Vorsitzender; Hans Seger, Gemeindebauführer, Vaduz; Josef Wolfinger, Gemeindebauführer, Balzers; Albert Beck, Gemeindebauführer, Schaan; Walter Scherzinger, Bauaufseher, Triesenberg; Erich Allgauer, Gemeindebauführer, Eschen; Georg Hasler, Gamprin; Roman Biedermann, Gemeindebauführer, Ruggell.

Schellenberg: Aufnahme Postbetrieb

Im Rahmen einer kurzen Feierstunde, zu der die Regierung einlädt, wird am 16. Juli der Postbetrieb in den neuen Postlokalitäten im neuen Gemeindezentrum Schellenberg in Betrieb genommen. Neben der offiziellen Übergabe der Postlokalitäten wird auch das Gemeindezentrum näher vorgestellt.

Edwin Nutt erstes Ehrenmitglied der FBP

Würdigung eines höchst verdienten Freundes durch den Parteitag in Triesenberg

Im Rahmen des Parteitages 84 der Fortschrittlichen Bürgerpartei vom Mittwochabend im Triesenberger Dorfsaal wurde Edwin Nutt, langjähriger Parteisekretär und Redaktor des Liechtensteiner VOLKSBLATT, einstimmig zum ersten Ehrenmitglied der Partei gewählt. Die Versammlung verdankte die grossen Verdienste von Edwin Nutt mit langanhaltendem Applaus, und Parteipräsident Dr. Herbert Batliner würdigte die Arbeit seines persönlichen Freundes und Beraters in einer kurzen Laudatio, die wir nachstehend veröffentlichen:

«Edwin Nutt ist während des Krieges schon über die Jugendbewegungen eng mit der Politik unseres Landes konfrontiert worden. Er redigierte die Zeitung «Die Jugend», die eine exponierte Stellung gegen den Nationalsozialismus und für die liechtensteinische Eigenstaatlichkeit einnahm. Zusammen mit anderen Mitbürgern - vorab solchen aus den Reihen der FBP - gehörte Edwin Nutt nach dem Krieg zu den Enttäuschten. Er konnte es niemals ganz verwinden, dass jene Kreise, welche die Existenz unseres Staates aufs Spiel gesetzt und alle «Heimatreuen» in den Kriegsjahren bedroht hatten, nach dem Zusammenbruch praktisch ungestraft ausgingen.

Der erste politische Sekretär

Trotz dieser Enttäuschung, kehrte er 1949 in die aktive Politik zurück und versah interimistisch das Amt des Parteisekretärs, das er dann zu Beginn der fünfziger

Jahre offiziell übernahm. Edwin Nutt war der erste politische Sekretär unserer Partei, der formell gewählt war und dessen Aufgaben konkret umschrieben waren.

Kämpferische Feder

An der Seite unseres unvergesslichen Parteipräsidenten Dr. Richard Meier gestaltete Edwin Nutt das politische Leben unseres Landes federführend und durch viele Jahre entscheidend mit. Das «Liechtensteiner Volksblatt», für das er schon in frühen Jahren als journalistischer Mitarbeiter tätig war, erlebte ihn in den Jahren von 1956 bis 1963 als Chefredaktor, dessen kompetente und kämpferische Feder im ganzen Lande bekannt war. Namentlich in den innenpolitischen Krisenjahren 1957/58, als um die Einführung des Eigenheimförderungsgesetzes gerungen wurde, stand Edwin Nutt in den vordersten Linien unserer Partei.

Zur Kontinuität beigetragen

Später, als er die Leitung des «Volksblatt» abgegeben hatte, diente er der FBP weiterhin in verschiedenen Positionen: als Delegierter des Verwaltungsrates und Vizepräsident des Pressevereins Volksblatt, als Präsident der AHV/IV/FAK, als stellvertretender Regierungsrat und als Parteivizepräsident (um nur einige, offizielle Chargen zu erwähnen). Schliesslich stellte sich Edwin Nutt noch einmal als interimistischer Parteisekretär zur Verfügung, als ich das Präsidium übernahm.

Edwin Nutt trug damit zur Kontinuität in den Führungsgremien unserer Partei bei.

«Königsmacher»

Auch die kürzeste Laudatio unseres ersten Ehrenmitgliedes wäre unvollständig, würde man seine Rolle als «Königsmacher» innerhalb unserer Reihen unerwähnt lassen. Die vielen Kontakte in unserer Partei und über ihre Grenzen hinaus und die Kunst Edwin Nutts, Gespräche auf einer warmherzigen, menschlichen Basis zu führen, befähigten ihn insbesondere auch dazu, immer wieder Leute davon zu überzeugen, dass sie sich für hohe politische Mandate der FBP und damit für Liechtenstein bereit halten sollten...

Ein erfahrener Berater

Mir persönlich war und ist Edwin ein Freund und guter Berater. Mit ihm habe ich schon Ende der 50iger Jahre, als Vizepräsident des Pressevereins des Liechtensteiner Volksblattes, zusammengearbeitet. Seine kernigen Sätze sind für mich unvergesslich, wie z. B.: «Bevor wir beten, sollten wir den Glauben definieren.» «Wir müssen unsere Delegierten vermehrt politisch erden.» «Starke Persönlichkeiten sind schlechte Demokraten.» Nachdem wir seinen Wunsch respektieren müssen, sich aus der politischen Tätigkeit auch im engeren Vorstand zurückziehen, bin ich trotzdem überzeugt, dass er für uns ein Berater bleibt; und wir brauchen seinen Rat.»



Wir Frauen danken!

Schlusswort von Rösle Eberle am FBP-Parteitag 1984

Das Schlusswort am Parteitag 1984 der Fortschrittlichen Bürgerpartei vom vergangenen Mittwochabend in Triesenberg hielt Rösle Eberle, Mitglied des Parteivorstandes und Vorsitzende der Kommission für Frauenfragen. Frau Eberle dankte einleitend allen, die zum sehr guten Gelingen des Parteitages ihren Anteil geleistet haben, den Referenten und Delegierten für ihre aktive Mitwirkung sowie allen Gästen für das Interesse, das sie der politischen Arbeit entgegenbrachten und -bringen. Sie gratulierte dem in seinem Amte bestätigten Präsidium mit Parteipräsident Dr. Herbert Batliner an der Spitze; dank dieser Wiederwahl könne man auf eine starke Führung in den kommenden zwei Jahren zählen. Glückwünsche sprach sie auch für Edwin Nutt aus, der in Triesenberg verdientermassen zum ersten Ehrenmitglied der FBP gewählt worden sei.

die Sache der Frauen eingesetzt haben.

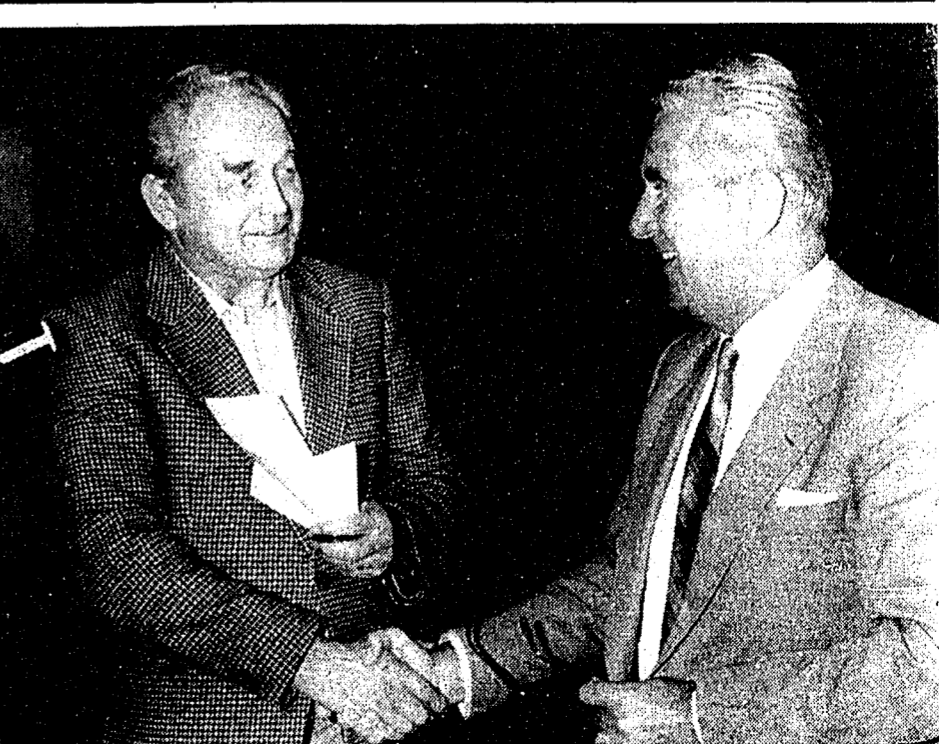
● Zum Zweiten zitiere ich einen Satz aus der Thronrede, die S.D. Fürst Franz Josef II. im März 1974, also ein Jahr nach dem zweiten, gescheiterten Versuch zur Einführung des Frauenstimmrechtes so formulierte: «Bevor ich schliesse, möchte ich noch der Hoffnung Ausdruck geben, dass keine zu grosse Zeitspanne verstreicht, bis die Frauen Liechtensteins die gleichen politischen Rechte wie die Männer erlangen. Die liechtensteinischen Männer möchte ich daran erinnern, dass es Liechtensteinerinnen waren, welche in einer kritischen Zeit, es war 1940, eine Unterschriftenaktion durchführten. Es war dies eine bedeutende politische Tat, welche den moralischen Mut der Bürger stärkte...»

Der Landesfürst spielte mit diesen Ausführungen auf eine Unterschriftenaktion an, die im Herbst 1940 von Liechtensteinerinnen lanciert wurde. Der Wortlaut der damals verteilten Unterschriftenkarten hiess wie folgt:

«Wir Frauen und Mütter erklären hiermit feierlich für uns und unsere Kinder, die Bestrebungen zur Erhaltung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit unseres lieben Heimatlandes unter dem Fürstenhause von Liechtenstein nach Kräften unterstützen zu wollen und in unserer Familie, treu dem Glauben unserer Vorfahren, hierfür einzustehen.»

Rösle Eberle verzichtete in ihrem Schlusswort zum Parteitag 84 auf weitere, konkrete Ausführungen in Sachen Frauenstimmrecht, sondern beschränkte sich diesbezüglich nur noch auf zwei Aussagen, die wir nachstehend im Wortlaut veröffentlichen:

● Erstes auf ein herzliches Dankeschön an alle Freunde in unserer Partei, die sich in den vergangenen Wochen und Monaten mit so viel Begeisterung und Überzeugung für



Parteipräsident Dr. Herbert Batliner gratuliert Edwin Nutt, der am Parteitag 1984 der Fortschrittlichen Bürgerpartei zum ersten Ehrenmitglied ernannt wurde. (Bild: Eddy Risch)